



DOKUMENTATIONSDIENST DER BUNDESVERSAMMLUNG
SERVICE DE DOCUMENTATION DE L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE
SERVIZIO DI DOCUMENTAZIONE DELL'ASSEMBLEA FEDERALE

Volksabstimmung vom 18.2.1979

Dokumentation zum Gegenvorschlag
zur Volksinitiative Fuss- und Wanderwege

Votation populaire du 18.2.1979

Documentation
Contreprojet à l'in.pop. Chemins et sentiers

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE "FUSS- UND WANDERWEGE JA"
COMITE D'ACTION SUISSE "SENTIERS ET CHEMINS PEDESTRES OUI"

Presseausschuss
Postfach 2642
3001 B e r n
031 - 22 34 38

Bern, 19. Dezember 1978 ea

An die Redaktionen der deutsch-
sprachigen Schweizerpresse

Sehr geehrte Damen und Herren

In Bern hat sich ein "Schweizerisches Aktionskomitee Fuss- und Wanderwege JA" konstituiert. Es setzt sich zur Aufgabe, den am 18. Februar zur Abstimmung gelangenden Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege zur Annahme zu verhelfen.

In der Beilage finden Sie die Mitteilung über die Aktionskomiteegründung sowie zwei Beiträge, die die Ziele des Aktionskomitees näher erläutern: Nationalrätin Martha Ribi legt in einem Artikel dar, dass weder ein eidgenössischer Wandervogt noch ein eidgenössischer Wanderapostel geschaffen werden muss, während ein zweiter Beitrag näher auf die Bedeutung eines Verfassungsartikels über Fuss- und Wanderwege eingeht. Im weiteren überlassen wir Ihnen eine Informationsbroschüre.

Wir sind Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, dankbar, wenn Sie uns in dieser bedeutsamen Frage Ihre Unterstützung leihen. Die Artikel stehen Ihnen selbstverständlich zur freien Verfügung.

Mit dem besten Dank für Ihre Bemühungen und freundlichen Grüßen.

Für den Presseausschuss:

sig. Chr. Beusch

Beilagen erwähnt

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE "FUSS- UND WANDERWEGE
JA" GEGRÜNDET

pd. - In Bern hat sich ein "Schweizerisches Aktionskomitee Fuss- und Wanderwege JA" konstituiert. Es setzt sich zur Aufgabe, den am 18. Februar zur Abstimmung gelangenden Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege zur Annahme zu verhelfen. Das Komitee, in dem zahlreiche Parlamentarier sowie weitere Repräsentanten des öffentlichen Lebens vertreten sind, wird geleitet von einem Co-Präsidium, dem Nationalrätin Martha Ribi (FDP, ZH), Nationalrat Fritz Hofmann (SVP, BE), Nationalrat Remigius Kaufmann (CVP, SG), Ständerat Jacques Morier-Genoud (SP, VD) und Nationalrat Sigmund Widmer (LdU, ZH) angehören.

Jahr für Jahr verschwinden in der Schweiz über 1000 km Fussgängerwege, darunter etwa 400 km markierte Wanderwege. Sie werden zu Strassen ausgebaut, betoniert, asphaltiert, unterbrochen oder dem Zerfall preisgegeben. Die geltenden Gesetze und Verordnungen leisten dieser Entwicklung Vorschub. Auf Grund der heutigen rechtlichen Situation ist der Bund nicht verpflichtet und häufig nicht einmal berechtigt, bei von ihm mit Subventionen unterstützten baulichen Veränderungen, beispielsweise beim Strassenbau, die Interessen des Fussgängers und Wanderers angemessen zu berücksichtigen.

Mit einer Volksinitiative, die nach einer Sammelzeit von nur vier Monaten über 123 000 Unterschriften auf sich vereinigte, wurde angeregt, mit einer Verfassungsänderung eine wirksame Rechtsgrundlage für die Förderung der Fuss- und Wanderwege zu schaffen. Die eidgenössischen Räte arbeiteten einen Gegenvorschlag aus, dem die Initianten des Volksbegehrens, wie im übrigen auch der Bundesrat, zustimmen konnten. Sie zogen deshalb ihre Initiative zurück.

Mit dem neuen Artikel 37quater der Bundesverfassung wird dem Bund keine neue Aufgabe überbürdet, und er muss auch keine

zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen eingehen. Es wird weiterhin Aufgabe der Kantone und Gemeinden bleiben, für die Erhaltung und Anlage eines Fuss- und Wanderwegnetzes einzutreten. Der Bund kann diese Tätigkeit koordinieren und unterstützen. Mit dem vorgeschlagenen Verfassungsartikel wird, aufbauend auf der bewährten Zusammenarbeit mit den bestehenden privaten Organisationen, eine echt föderalistische, den Bund finanziell nicht belastende Rechtsgrundlage geschaffen, die ein Beitrag zur Hebung der Lebensqualität und der Sicherheit im Strassenverkehr darstellt.

Im Komitee "Fuss- und Wanderwege JA" wirken über 30 nationale Organisationen mit. Darunter die Arbeitsgemeinschaft Rechtsgrundlagen für Fuss- und Wanderwege (ARF), die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Wanderwege (SAW), der Schweizer Alpen-Club (SAC), der Schweizer Heimatschutz (SHS), der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) und der World Wildlife Fund Schweiz (WWF).

WEDER EIDGENOESSISCHER WANDERVOGT NOCH WANDERAPOSTEL

Von Nationalrätin Martha Ribli, Zürich

Beim nächsten eidgenössischen Urnengang haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auch über eine Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel zur Förderung der Fuss- und Wanderwege zu befinden. Um diese Verfassungsergänzung hat es einige Verwirrung gegeben. Es soll deshalb hier versucht werden, begreiflich zu machen, worum es schliesslich geht oder vielmehr nicht geht. Nehmen wir das Letztere voraus.

Es geht nicht um einen eidgenössischen Wandervogt oder Wanderapostel, der von Bern aus auf Bundeswanderwegen die Leute spazieren macht. Es geht nicht um ein Bundesamt, das den Gemeinden und Kantonen vorschreibt, ob sie ihre Wanderwege links oder rechts vom Dorfe B durchführen sollen und ein Heer von Bundesbeamten zu Kontrollzwecken auf die Wanderschaft schickt. Es geht auch nicht um eine neue grosse Bundesausgabe, die deshalb nicht zu verantworten wäre. Es geht auch nicht um ein Präjudiz zu einer neuen Aufgabenteilung Bund/Kantone.

Worum es geht

Was will der neue Verfassungsartikel? Die technische Entwicklung, die Motorisierung unseres Daseins ist auch dem Menschen zu Fuss in die Quere gekommen. Dort, wo er früher ungefährdet und bequem sich als Fussgänger fortbewegen konnte, lauern heute Gefahren auf ihn. Die gesetzlichen Regelungen haben sich vor allem des Stärkeren, des Schnelleren und des Mächtigeren angenommen. Sie versuchen auf Verfassungs- und Gesetzesebene, mit Verordnungen und mit Richtlinien den Moloch Verkehr zu bewältigen und nehmen den Menschen zu Fuss nur noch dort wahr, wo er sich dem mechanisierten Verkehr einzuordnen oder vielmehr unterzuordnen hat. Seine wirklichen Bedürfnisse bleiben unberücksichtigt. Die Verstrassung der Fuss- und Wanderwege hat in den letzten Jahren stark zugenommen, wegen Fehlens wirksamer Rechtsgrundlagen konnte nichts dagegen unternommen werden.

Lücken schliessen

Gerade darum geht es. Der Bund soll die Rechtsgrundlagen schaffen und Grundsätze aufstellen für Fuss- und Wanderwegnetze. Sache der Kantone soll es sein und bleiben, Fuss- und Wanderwege anzulegen und zu erhalten und zwar in Zusammenarbeit mit den entsprechenden privaten Organisationen. Dass dort, wo Koordination und Unterstützung notwendig werden, diese vom Bund geleistet werden kann, ist ein weiterer Punkt. Schliesslich aber, und das rechtfertigt in vollem Mass die Gesetzgebung auf Verfassungsebene, soll der Bund in Erfüllung seiner eigenen Aufgaben auf Fuss- und Wanderwegnetze Rücksicht nehmen und für Ersatzwege sorgen. Das hat er nämlich bisher nicht getan, weil er es nicht tun musste und deshalb auch nicht tun konnte. So konnte er beispielsweise beim Nationalstrassenbau nichts für den Ersatz verloren gegangener Fuss- und Wanderwege tun, weil ihm das Gesetz dies nicht vorschrieb und deshalb auch nicht zuliess. Diese Lücke schliesst nun die am 18. Februar zur Abstimmung gelangende Verfassungsergänzung. Sie verdient deshalb unsere Zustimmung.

JEDES JAHR VERSCHWINDEN UEBER 1000 KM FUSSGAENGERWEGEFür einen fussgängerfreundlichen Verfassungsartikel

(U.R.) Die Lösung der von Jahr zu Jahr wachsenden Verkehrsprobleme gehört heute zu den wichtigsten Aufgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden. Dabei konzentriert man sich aber allzu häufig einseitig auf den Fahrverkehr und nimmt zu wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse der Fussgänger.

Jedes Jahr verschwinden in unserem Land über 1000 km Fussgängerwege, darunter etwa 400 km markierte Wanderwege. Sie werden zu Strassen ausgebaut, betoniert, asphaltiert, unterbrochen oder dem Zerfall preisgegeben. Die heutigen Gesetze und Verordnungen leisten dieser Entwicklung Vorschub. Das gilt insbesondere für die Subventionsverordnungen des Bundes. Vor allem beim Strassenbau trägt der Bund dazu bei, Fuss- und Wanderwege zu zerstören. Denn der Bund ist bisher nicht verpflichtet, ja häufig nicht einmal berechtigt, auf Fuss- und Wanderwege Rücksicht zu nehmen.

Rechtsgrundlage schaffen

Aufgrund dieser Erkenntnis stimmten National- und Ständerat in der Herbstsession mit grossen Mehrheiten einem Verfassungsartikel zu, der die unerlässliche rechtliche Grundlage für eine fussgängerfreundlichere Gestaltung der Umwelt bildet. Den Anlass dazu hatte die inzwischen zurückgezogene "Volksinitiative zur Förderung der Fuss- und Wanderwege" gegeben, die 1974 mit über 123'000 Unterschriften eingereicht worden war.

Der vom Parlament ausgearbeitete Verfassungsartikel, der am 18. Februar zur Abstimmung gelangt, wird auch vom Bundesrat gutgeheissen und geniesst die Unterstützung zahlreicher Organisationen. Dazu gehören solche, die die Interessen der Fussgänger und Wanderer, des Natur- und Heimatschutzes, des Umweltschutzes, des Tourismus und des Alpinismus vertreten, aber auch Interessengemeinschaften des privaten und des öffentlichen Verkehrs.

Eine föderalistische Lösung

Ziele der Vorlage sind der Schutz und die Förderung der Fuss- und Wanderwege. Sie können nur in Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden erreicht werden, und genau das wird mit dem Verfassungsartikel angestrebt. Die Hauptaufgabe, nämlich die Anlage und Erhaltung von Fuss- und Wanderwegnetzen, bleibt Sache der Kantone. Der Bund kann diese Tätigkeit unterstützen und koordinieren. Vor allem soll aber der Bund künftig in Erfüllung seiner Aufgaben auf Fuss- und Wanderwege Rücksicht nehmen und in jenen Fällen Ersatz leisten, wo mit Hilfe von Bundesmitteln Fussgängerwege verstrasst, überbaut oder anderswie aufgehoben oder unterbrochen werden.

Durch die Schaffung wirksamer Rechtsgrundlagen für Fuss- und Wanderwege kann auch die wertvolle Tätigkeit der in diesem Bereich aktiven privaten Organisationen besser anerkannt und unterstützt werden. Im vorgesehenen Verfassungsartikel heisst es ausdrücklich, dass Bund und Kantone mit privaten Organisationen zusammenarbeiten.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass der Fussgänger heute gegenüber dem rollenden Verkehr benachteiligt ist. Der geplante Verfassungsartikel bietet Bund, Kantonen und Gemeinden eine zeitgemässe, klare Rechtsgrundlage für den Schutz und Ausbau unserer Fuss- und Wanderwege und damit für die dringend nötige Besserstellung der Fussgänger.

COMITE D'ACTION SUISSE "SENTIERS ET CHEMINS PEDESTRES OUI"
SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE "FUSS- UND WANDERWEGE JA"

service de presse
cp 2642
3001 B e r n e

031 22 34 38

Aux rédactions des
journaux romands

Monsieur le rédacteur,

Le 18 février de l'an prochain, le peuple et les cantons auront à se prononcer sur un nouvel article constitutionnel relatif aux chemins et aux sentiers pédestres.

Le comité d'action qui vient de se former sur le plan national a décidé de diffuser en Suisse romande un service de presse, dont voici le premier exemplaire.

Nous nous permettrons de vous transmettre ultérieurement d'autres articles ainsi que de la documentation sur cet objet.

En espérant que vous réserverez bon accueil à ces textes nous vous présentons, Monsieur le rédacteur, nos salutations les meilleures.

Chr. Beusch

Berne, le 20 décembre 1978

"Sentiers et chemins pédestres - OUI"Un comité d'action suisse est formé

Communiqué

Un comité d'action suisse "Chemins et sentiers pédestres - OUI" vient de se constituer. Il s'est fixé pour objectif de mener une campagne de propagande en faveur du nouvel article constitutionnel sur les chemins et les sentiers pédestres qui sera soumis en votation le 18 février 1979. Ce comité est composé de nombreux membres du Parlement fédéral et d'autres personnalités; il est dirigé par une co-présidence formée de Mme Martha Ribi, conseillère nationale (rad. ZH), M. Fritz Hofmann, conseiller national (UDC BE), M. Remigius Kaufmann, conseiller national (PDC SG), M. Jacques Morier-Genoud, conseiller aux Etats (PS VD) et M. Sigmund Widmer, conseiller national (AI ZH).

Chaque année 1000 km de chemins pour piétons disparaissent en Suisse dont 400 km de chemins pédestres balisés. Ils sont transformés en routes, bétonnés, asphaltés quand ils ne sont pas tout simplement voués à l'abandon. Les lois et les ordonnances en vigueur favorisent même cette évolution. En effet, selon les règles juridiques actuelles, la Confédération n'est pas tenue, et souvent même pas autorisée, à tenir compte des intérêts des piétons et des promeneurs, lorsque certaines transformations qu'elle subventionne, sont exécutées, la construction de routes notamment.

Par voie d'initiative populaire, la proposition a été faite de créer une base constitutionnelle solide pour protéger les sentiers et les chemins pédestres. Cette initiative a recueilli 123'000 signatures en l'espace de quatre mois. Par la suite, les Chambres fédérales ont élaboré un contre-projet qui trouva l'approbation des promoteurs de l'initiative aussi bien que du Conseil fédéral. C'est pourquoi l'initiative fut retirée.

Avec ce nouvel article 37 quater que l'on propose d'inscrire dans la Constitution, la Confédération n'est chargée d'aucune tâche nouvelle, aucune dépense supplémentaire n'est engagée. L'aménagement et l'entretien des réseaux pédestres restent de la compétence des cantons. La Confédération doit simplement soutenir et coordonner cette activité. En acceptant ce nouvel article, on crée une base juridique qui permettra d'une part d'encourager l'heureuse collaboration avec les organisations privées qui a déjà fait ses preuves. Cette solution respecte strictement le fédéralisme et ne provoque aucune dépense nouvelle à la Confédération. C'est d'autre part une contribution à l'amélioration de la qualité de la voie et à la sécurité du trafic.

Plus de 30 organisations nationales collaborent au sein du comité "Sentiers et chemins pédestres - OUI". En font notamment partie, l'Association en faveur de bases légales pour les sentiers et chemins pédestres (ALP), la Communauté de travail pour les chemins pédestres, le Club alpin suisse (CAS), la Ligue suisse du patrimoine national (Heimatschutz), la Ligue suisse pour la protection de la nature (LSPN) et le WWF Suisse.

Ce sont chaque année 1000 km de chemins pédestres qui disparaissent

Pourquoi ne parlerait-on pas des piétons dans la Constitution fédérale?

La Confédération, les cantons et les communes sont appelés de nos jours à résoudre des problèmes de transport qui sont chaque année plus compliqués. Ce qui frappe, c'est que l'on ne pense en général qu'au trafic motorisé et beaucoup moins aux piétons.

Sait-on que chaque année 1000 km de chemins pédestres disparaissent, dont 400 km de chemins balisés? On en fait des routes, on les bétonne, on les asphaltte, on les coupe quand on ne les laisse pas tout simplement à l'abandon. La législation actuelle n'arrête pas cette évolution; on pourrait même dire qu'elle l'encourage. Voyez le système de subventionnement de la Confédération! Dans le cadre de la construction des routes nationales, on supprime des Kilomètres de chemins pédestres, car, à ce jour, la Confédération n'est pas obligée, elle n'est même pas autorisée, à tenir compte des chemins et des sentiers pédestres.

Il faut créer une base légale

Conscients des dangers de cette évolution, le Conseil national et le Conseil des Etats ont voté à de fortes majorités au cours de la session d'automne un article constitutionnel qui sera la base juridique indispensable à la protection des chemins pédestres; on ne saurait en effet concevoir une protection efficace de l'environnement sans que l'on se soucie de l'aménagement de ces chemins pour piétons qui facilitent ce contact avec la nature tant recherché. Rappelons qu'en 1974, une initiative populaire pourvue de 123'749 signatures pour le développement des chemins et sentiers avait été déposée à la Chancellerie fédérale; elle fut par la suite retirée au profit d'un contre-projet de l'Assemblée qui tenait très largement compte des exigences fédéralistes.

Ce contre-projet parlementaire, qui sera soumis au peuple le 18 février, a l'appui du Conseil fédéral; il est également soutenu par de nombreuses organisations, au nombre desquelles on compte celles qui défendent les intérêts des piétons et des promeneurs, les milieux de la protection de la nature et du patrimoine national, de la défense de l'environnement, du tourisme et de l'alpinisme. Mais on compte aussi parmi les défenseurs du projet des organisations des transports privés et publics.

Une solution fédéraliste

Les objectifs de ce projet sont la protection et le développement des sentiers et des chemins pédestres. Cette action ne peut être efficace que par une collaboration étroite entre la Confédération, les cantons et les communes; c'est exactement ce qui est prévu dans cet article constitutionnel. La tâche essentielle, c'est-à-dire la construction et l'entretien des réseaux de chemins pédestres, reste de la compétence des cantons. La Confédération pourra encourager et coordonner cette activité. Mais ce qui est important, c'est que dorénavant la Confédération devra tenir compte de l'existence des sentiers et des chemins pédestres; ainsi dans tous les cas où de telles voies de communication seront détruites lors de travaux subventionnés par la Confédération, les routes notamment, celle-ci devra les remplacer.

La création de bases légales solides dans le domaine des sentiers et chemins pédestres permettra aussi de mieux encourager l'activité sympathique d'organisations privées qui veillent au maintien d'un réseau de chemins pédestres.

Le piéton, aujourd'hui, c'est indéniable, est prétérité face au trafic motorisé. Ce nouvel article constitutionnel donnera à la Confédération, aux cantons et aux communes une base légale claire qui leur permettra, avec l'aide d'organisations privées de protéger et de développer ces chemins et sentiers pédestres où le piéton aujourd'hui menacé sera en sécurité.

IL FAUT FAIRE PLUS POUR LES CHEMINS PÉDESTRES ET LES SENTIERS

Une impérieuse nécessité de l'heure

par Emil Schaffer, conseiller national, Langenthal

Le dépôt de l'initiative populaire concernant les chemins pédestres et les sentiers avait suscité les commentaires les plus variés. La discussion porta surtout, ces dernières années, sur le réseau des routes nationales, sur les voies d'accès et les voies de dégagement. L'automobile et la motocyclette étaient les moyens de déplacement à l'ordre du jour. Puis vint le jour où 123'749 citoyens demandèrent que la Confédération s'occupe aussi des piétons. On constate aujourd'hui avec satisfaction que la marche et la bicyclette sont de nouveau en faveur. Mais les piétons sont en danger au milieu du trafic motorisé. Plus de 300 morts et près de 3000 blessés par année, tel est le résultat d'une protection insuffisante contre le trafic motorisé. Il y a bien des chemins forestiers, ruraux ou d'alpage qui ne sont pas encore interdits à la circulation des véhicules non agricoles. Les marcheurs sont constamment importunés par les véhicules à moteur. La construction de nouveaux ouvrages a fait disparaître avec le temps nombre de chemins pour piétons et de sentiers. Mais à l'intérieur des localités également, de nombreuses personnes souffrent de devoir se rendre à leur lieu de travail ou à l'école en suivant le bord de routes fort fréquentées par les véhicules à moteur.

Les citoyens auront donc à dire, le 18 février, s'ils approuvent le contre-projet mis sur pied par les conseils législatifs, contre-projet qui a rencontré l'approbation des auteurs de l'initiative. Ce texte apporte une solution authentiquement suisse, puisqu'il crée en faveur des piétons mis en danger par ce Moloch qui s'appelle le trafic une base juridique d'inspiration fédéraliste qui ne grève pas les finances fédérales et repose sur le principe éprouvé de la collaboration avec les organisations privées.

N'est-il pas urgent que le peuple et les autorités compétentes soient plus fermement résolus à améliorer la protection des piétons et à leur donner une meilleure possibilité de circuler librement sans être importunés par les gaz d'échappement?

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE "FUSS- UND WANDERWEGE JA"
COMITE D'ACTION SUISSE "SENTIERS ET CHEMINS PEDESTRES OUI"

Presseausschuss
Postfach 2642

3001 B e r n

031 22 34 38

Bern, 27. Dezember 1978 ea

An die Redaktionen der deutsch-
sprachigen Schweizerpresse

Sehr geehrte Damen und Herren

Im zweiten Pressedienst des "Schweizerischen Aktionskomitees Fuss- und Wanderwege JA" erläutert Nationalrat Emil Schaffer seine befürwortende Haltung. Ein zweiter Beitrag geht auf die Hintergründe dieser Verfassungsergänzung ein und zeigt auf, dass eine föderalistische Lösung für ein seit langem anhängiges Problem gefunden werden konnte. Beide Beiträge bringen zudem zum Ausdruck, dass diese Vorlage nicht nur im Interesse des Wanderers, sondern auch des Fussgängers liegt.

Wir hoffen, sehr verehrte Damen und Herren, dass Sie unsere Beiträge in Ihren Abstimmungsinformationen einsetzen können.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss:

sig. Chr. Beusch

Beilagen erwähnt

MEHR FUSS- UND WANDERWEGEEin dringendes Erfordernis unserer Zeit

Von Nationalrat Emil Schaffer, Langenthal

Die Einreichung der Volksinitiative zur Förderung der Fuss- und Wanderwege hatte die verschiedenartigsten Kommentare zur Folge. Die Diskussion drehte sich in den letzten Jahren vorwiegend um das Nationalstrassennetz, um Zubringer- und Entlastungsstrassen. Autos und Motorräder standen als Fortbewegungsmittel im Vordergrund. Und nun verlangten plötzlich 123'749 Stimmberechtigte, dass sich der Bund auch den Fuss- und Wanderwegen annehme.

Mit Genugtuung kann man feststellen, dass das Wandern und auch das Radfahren endlich wieder vermehrt gepflegt werden. Aber die Fussgänger sind im öffentlichen Verkehr gefährdet: Ueber 300 Tote und annähernd 5000 Verletzte sind das jährliche Fazit ungenügender Absicherung gegenüber dem motorisierten Verkehr. Noch sind zahlreiche Wald-, Feld- und Alpwege nicht mit einem Fahrverbot für den nichtlandwirtschaftlichen Verkehr belegt. Wanderer werden dauernd durch Motorfahrzeuge behelligt. Im Zusammenhang mit neuen Verkehrsanlagen verschwanden im Verlaufe der Zeit zahlreiche Fuss- und Wanderwege. Auch innerorts ist es für viele Menschen zur Qual geworden, ihren Arbeitsplatz oder die Schule am Rande von durch den motorisierten Verkehr stark frequentierten Strassen aufzusuchen.

Die Stimmberechtigten haben nun am 18. Februar darüber zu befinden, ob sie den von den eidgenössischen Räten ausgearbeiteten Gegenvorschlag, der auch die Unterstützung der Initianten des Volksbegehrens genießt, gutheissen wollen. Dieser bringt eine echt schweizerische Lösung, wird doch, aufbauend auf der bewährten Zusammenarbeit mit den bestehenden privaten Organisationen eine föderalistische, den Bund finanziell nicht belastende Rechtsgrundlage geschaffen, die im Interes-

se der durch den Moloch Verkehr gefährdeten Fussgänger liegt. Ist es doch dringend nötig, dass sich das Volk und die zuständigen Behörden vermehrt bereitfinden, den Schutz der Fussgänger zu heben und ihnen wieder vermehrt die Möglichkeit zu geben, sich ohne lästige Verkehrsimmissionen frei bewegen zu können.

FUER EINEN BESSEREN SCHUTZ DER FUSS- UND WANDERWEGEAuch der Bund ist angesprochen

(U.R.) Am 18. Februar werden die Stimmbürger über einen Verfassungsartikel für Fuss- und Wanderwege zu befinden haben. Es handelt sich dabei um den parlamentarischen Gegenvorschlag zur "Volksinitiative zur Förderung der Fuss- und Wanderwege", welche die Initianten inzwischen zurückgezogen haben. Der von National- und Ständerat mit überwältigenden Mehrheiten verabschiedete Artikel gibt dem Bund den Auftrag, künftig in Erfüllung seiner Aufgaben auf Fuss- und Wanderwege Rücksicht zu nehmen und dort, wo Eingriffe unvermeidlich sind, Ersatz zu leisten. Im übrigen wird es jedoch den Kantonen und Gemeinden überlassen, wirksamere Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der Fuss- und Wanderwegnetze zu ergreifen.

Warum ein Verfassungsartikel?

Der Bund achtet heute bei baulichen Veränderungen der Umwelt, die er durch seine Subventionsverordnungen oft massgeblich beeinflusst, viel zu wenig auf die Bedürfnisse der Fussgänger. Nach dem geltenden Recht ist er zu einer solchen Rücksichtnahme weder verpflichtet noch berechtigt. So werden zum Beispiel bei der Vernehmlassung über Nationalstrassen-Projekte die Interessen der Fussgänger und Wanderer nicht genügend gewahrt, weil deren Organisationen nicht mitspracheberechtigt sind. Die Folge davon ist, dass beim Autobahnbau immer wieder Fussgängerwege aufgehoben oder unterbrochen werden, ohne dass für die Fussgänger ein geeigneter Ersatz geschaffen wird. Aehnliches gilt bei der Errichtung und beim Ausbau von Hauptstrassen ausserorts. Auch hier leistet die heutige Subventionspraxis des Bundes der Zerstörung von Fuss- und Wanderwegen Vorschub, weil diese rechtlich nicht geschützt sind. Aenderungen der bestehenden Gesetze und Verordnungen zugunsten der Fussgängerwege sind aber nur auf der Grundlage eines Verfassungsartikels möglich.

Eine föderalistische Lösung

Heute verschwinden in der Schweiz im Schnitt jeden Tag 3 km Fuss- und Wanderwege, hauptsächlich durch Verstrassung und Ueberbauung. Diese Entwicklung kann nur in Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden aufgehalten werden. Das ist auch das Ziel des geplanten Verfassungsartikels, der die wesentlichste Aufgabe, nämlich die Anlage und Erhaltung von Fuss- und Wanderwegnetzen, und damit die Hauptverantwortung den Kantonen überlässt.

Für die Verwirklichung der Ziele der Fuss- und Wanderweg-Vorlage braucht es kein Bundesamt für Wanderwege und keine Bundesmillionen. Im wesentlichen geht es darum, für Fuss- und Wanderwege ähnliche Rechtsgrundlagen zu schaffen, wie sie für Strassen und andere Verkehrsanlagen längst selbstverständlich sind. Im übrigen verursachen die Fussgänger von allen Verkehrsteilnehmern mit Abstand die geringsten Kosten, und Spazier- und Wanderwege sind die billigsten und umweltschonendsten Anlagen für einen gesunden, jedermann zugänglichen Ausgleichssport.

COMITE D'ACTION SUISSE "SENTIERS ET CHEMINS PEDESTRES OUI"
SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE "FUSS- UND WANDERWEGE JA"

Service de presse
case postale 2642

3001 B e r n

031 22 34 38

Berne, le 3 Janvier 1979 ea

Aux rédactions des journaux romands

Mesdames et Messieurs,

Vous recevez sous ce pli la seconde édition de notre service de presse en vue de la votation fédérale du 18 février 1979. Il s'agit tout d'abord d'un article de Mme Martha Ribi, conseillère nationale de Zurich, qui explique que nous devons aujourd'hui songer sérieusement à la défense du piéton après nous être beaucoup occupé de trafic motorisé.

Le second texte commente l'article constitutionnel soumis à la votation populaire.

En espérant que ces articles pourront vous être utiles, nous vous prions de croire, Mesdames et Messieurs, à nos sentiments les meilleurs.

Pour le comité de presse:

Chr. Beusch

Annexes mentionnées.

Pour la sécurité du piéton

par Mme Martha Ribi, conseillère nationale

"Etes-vous d'accord d'inscrire dans la Constitution un nouvel article permettant de protéger d'une part et de développer de l'autre les sentiers et les chemins pédestres?"

Telle est la question qui sera posée aux citoyennes et aux citoyens qui se rendront aux urnes le 18 février de l'an prochain.

Comme il règne à ce sujet une grande confusion dans les esprits, il convient en premier lieu de mettre un certain nombre de choses au point.

Il est faux par exemple de dire que l'on va créer un nouveau bureau fédéral avec directeur et fonctionnaires qui auraient pour tâche de concevoir et de contrôler un réseau de voies pédestres dans toute la Suisse.

Il est faux aussi de prétendre que l'on va, en acceptant cet article, provoquer de grosses dépenses à la Confédération.

La réalité est plus simple et chaque citoyen conscient de la nécessité de créer pour tous un cadre de vie sympathique comprendra pourquoi on se trouve dans l'obligation de faire quelque chose pour protéger le piéton, le promeneur, l'ami de la nature.

Ces dernières années, on doit reconnaître que l'on a tout sacrifié ou presque au trafic motorisé. Les dépenses pour les routes ont augmenté dans des proportions considérables; la législation sur la circulation routière a atteint un degré étonnant de perfectionnisme. On a rien refusé à cette divinité moderne qu'est la voiture.

Il ne s'agit nullement de nier les aspects positifs du trafic motorisé qui est l'élément important d'une société où l'homme est plus libre.

Mais dans tout cela, on a malheureusement oublié presque complètement le piéton. Celui-ci a dû se plier aux exigences du trafic moderne, réduit à la portion congrue, obligé souvent de se frayer un passage dans un trafic toujours plus dense, mis en danger par des véhicules plus rapides et plus nombreux.

La question a un autre aspect encore. Bon nombre de ces chemins et ces sentiers où le piéton était encore en sécurité, ont disparu, lors de la construction de routes et surtout d'autoroutes. Ils ont été souvent coupés. On ne les a pas remplacés.

Mais les pouvoirs publics ne vont s'attaquer à ce problème humain important que si on leur force un peu la main, que si on crée les bases juridiques permettant de défendre ce réseau de chemins pédestres. Voilà pourquoi en 1974, plus de 123'000 citoyennes et citoyens ont apposé leur signature au bas d'une initiative dont l'essentiel consiste à exiger de la Confédération qu'elle tienne compte des sentiers et des chemins pédestres dans l'accomplissement de ses tâches; ainsi lors de la construction des routes nationales, elle n'était pas tenue de remplacer les chemins pédestres. Dorénavant, elle le sera si le peuple suisse le 18 février accepte de combler cette lacune.

POUR UNE MEILLEURE PROTECTION DES CHEMINS PEDESTRES ET
DES SENTIERS

La Confédération est également en cause

(U.R.) Les citoyens seront appelés à se prononcer le 18 février sur un article constitutionnel concernant les chemins pédestres et les sentiers. Il s'agit du contre-projet opposé par le parlement à l'"initiative populaire pour le développement des chemins et sentiers", laquelle a été entre-temps retirée par ses promoteurs. L'article constitutionnel adopté par le Conseil national et le Conseil des Etats à des majorités écrasantes donne à la Confédération le mandat de ménager les réseaux de chemins et sentiers dans l'accomplissement de ses tâches et de remplacer ceux qu'il a fallu supprimer. Pour le reste, il est laissé aux cantons et communes le soin de prendre des mesures efficaces pour conserver et développer les réseaux.

Pourquoi un article constitutionnel?

La Confédération se préoccupe bien insuffisamment des besoins des piétons lors des travaux qui modifient l'environnement et sur lesquels elle exerce souvent une influence capitale par le biais de ses ordonnances réglant l'allocation de subventions. C'est ainsi que les intérêts des piétons et des marcheurs n'ont pas été assez sauvegardés lors des procédures de consultation relatives aux projets de routes nationales. Et pourquoi? Parce que les organisations concernées n'avaient pas voix au chapitre. La conséquence en est que la construction d'autoroutes entraîne sans cesse la suppression ou l'interruption de chemins pour piétons sans qu'un remplacement adéquat soit assuré. Il en va de même lors de la construction et de l'élargissement de routes principales en dehors des localités. Ici aussi, la pratique de la Confédération en matière de subventions favorise les destructions, des dispositions protectrices faisant défaut; la modification des lois et ordonnances en faveur de chemins et sentiers n'est cependant possible que sur la base d'un article constitutionnel.

Une solution fédéraliste

Il y a en Suisse, en moyenne journalière, 3 km de chemins et sentiers qui disparaissent, principalement par suite de la création de routes ou de constructions. Cette évolution ne peut être arrêtée que s'il y a collaboration entre la Confédération, les cantons et les communes. Tel est aussi le but de l'article constitutionnel, qui laisse aux cantons la tâche essentielle - la création et l'entretien des chemins et sentiers - c'est-à-dire la responsabilité principale.

Pour atteindre les buts du projet, il n'est pas nécessaire de créer un office fédéral et de dépenser des millions. Il s'agit pour l'essentiel de créer en faveur des chemins et sentiers des bases juridiques analogues à celles qui existent tout naturellement et depuis longtemps pour les routes et autres ouvrages destinés au trafic. Au reste, les piétons sont parmi les participants au trafic ceux qui occasionnent de loin, le moins de dépenses. Les chemins à l'usage des promeneurs et des marcheurs sont les installations qui coûtent le moins et ménagent le plus l'environnement. Ils sont à la disposition de chacun pour la pratique d'un sport sain, source d'équilibre pour le corps et l'esprit.

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE "FUSS- UND WANDERWEGE JA"
COMITE D'ACTION SUISSE "SENTIERS ET CHEMINS PEDESTRES OUI"

Presseausschuss
Postfach 2642

3001 B e r n

031 22 34 38

Bern, 3. Januar 1979 ea

An die Redaktionen der deutsch-
sprachigen Schweizerpresse

Sehr geehrte Damen und Herren

Wozu einen Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege? Diese Frage beantwortet in diesem Pressedienst Nationalrat Dr. Remigius Kaufmann. Nach seiner Ansicht sollte sich der Mensch auch im Zeitalter der Motorisierung noch möglichst gut auf natürlichste Art fortbewegen können: "Die Stiefkinder der heutigen Rechtssetzung, die Fussgänger, dürfen, wie der motorisierte Verkehr, Verfassungsrang beanspruchen".

In einem Kurzbeitrag wird die Bedeutung der Spazier- und Wanderwege für den Tourismus aufgezeigt, während ein weiterer Kurzartikel auf das Verhältnis Autofahrer-Fussgänger eingeht.

Wir sind Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, dankbar, wenn Sie die vorliegenden Beiträge, die Ihnen selbstverständlich zur freien Verfügung stehen, in Ihren Abstimmungsinformationen einsetzen können.

Für den Presseausschuss:

sig. Chr. Beusch

Beilagen erwähnt

DER BUND LEISTET DER VERSTRASSUNG VORSCHUBWozu einen Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege?

Von Nationalrat Dr. Remigius Kaufmann, St. Gallen

Die anhaltende Verstrassung unserer Fuss- und Wanderwege ist augenfällig. Sie zeigt sich in der dauernden Asphaltierung von Fuss- und Wanderwegen, aber auch in der Tatsache, dass von den etwa 50 000 Kilometern gelb markierten Wegen in Tat und Wahrheit grosse Teile Strassen mit allgemeinem Fahrverkehr sind. Auch in der Unfallbilanz kommt die Vernachlässigung des Fussgängers zum Ausdruck. Ein Viertel aller Verkehrstoten sind Fussgänger. Besonders gefährdet sind Kinder und ältere Menschen. Es gibt genügend Beweise dafür, dass Zebrastreifen und Verkehrsampeln den Fussgänger nicht hinreichend schützen. Eine Entflechtung des Fussgänger- und Strassenverkehrs ist aus der Sicht der Unfallverhütung vordringlich und verdient ebensoviel Unterstützung wie andere Massnahmen für die Sicherheit des Strassenverkehrs.

Warum dieses traurige Los des Fussgängers?

Diese Frage ist leicht zu beantworten: Die Fuss- und Wanderwege sind heute weitgehend rechtlos. Zugunsten des motorisierten Fahrverkehrs bzw. der Strassen gibt es in Bund und Kantonen Verfassungsartikel, zahlreiche Gesetze, Subventionsverordnungen, Vorschriften usw. Zugunsten des Fussgängers besteht hingegen nicht einmal eine rechtliche Grundlage, mit der verhindert werden könnte, dass ideale Fuss- und Wanderwege ersatzlos liquidiert werden.

Problematische Subventionspolitik

Der Bund hilft leider kräftig mit, Fuss- und Wanderwege zum Verschwinden zu bringen. Dies geschieht meist indirekt über Kostenbeiträge. Dagegen wird die Anlage von getrennt geführten, sicheren und billigen Fusswegen heute vom Bund nicht gefördert. Der Bund ist zurzeit nicht verpflichtet, ja häufig nicht einmal berechtigt, den Bedürfnissen der Fussgänger und Wanderer genügend Rechnung zu tragen.

Dem aufgezeigten Malaise ist mit einer neuen Verfassungsbestimmung entgegenzutreten. Von erster Bedeutung ist Abs. 3, wonach der Bund bei der Erfüllung seiner Aufgaben auf die Fuss- und Wanderwege Rücksicht zu nehmen hat. Eine ähnliche verfassungsrechtliche Bestimmung besteht bereits im Natur- und Heimatschutz-Artikel der Bundesverfassung (Art. 24 sexies), eine Bestimmung, die sich in der Praxis bewährt hat. Bundesgesetzgeber, Bundesrat und Verwaltungsorgane sollen verpflichtet werden, in der Erfüllung der Bundesaufgaben die Interessen der Fussgänger und Wanderer angemessen zu wahren.

Föderalistische Lösung

Die Anlage und Erhaltung von Fuss- und Wanderweg-Netzen bleibt nach wie vor Aufgabe der Kantone. Der Vorbehalt zugunsten der Kantone bringt rechtlich nichts Neues, ist aber als Appell an die Kantone zu verstehen, ihre Verantwortung auf dem Gebiete der Fuss- und Wanderwege wahrzunehmen. Zudem soll der Bund die Möglichkeit - nicht die Pflicht - erhalten, die Tätigkeit der Kantone zu unterstützen und in den Grenzbereichen nötigenfalls zu koordinieren. Schliesslich räumt der Artikel dem Bund auch die Möglichkeit ein, Grundsätze für Fuss- und Wanderweg-Netze zu erlassen. Gedacht wird dabei etwa an die Errichtung und Verbindung von regionalen und nationalen Wanderwegrouten und -netzen. Gedacht wird auch daran, dass Alp-, Landwirtschafts- und Forststrassen vermehrt nur land- und forstwirtschaftlichem Fahrverkehr offenstehen sollen, ferner an Grundsätze für die Linienführung von Fuss- und Wanderwegen (Ersetzung von Trottoirs und Wegen entlang von Hauptverkehrsstrassen durch Fuss- und Wanderwege abseits der genannten Strassen) usw.

Eine Entflechtung der gemeinsamen Kompetenzen des Bundes und der Kantone ist im Strassenbereich auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht vorgesehen, so dass die Grundsatzgesetzgebung des Bundes auf diesem Gebiet auch in Zukunft sinnvoll ist. Sie ist jedoch durch Bestimmungen über Fuss- und Wanderwege zu ergänzen. Der Mensch sollte sich auch im Zeitalter der Motorisierung noch möglichst gut auf natürlichste Art fortbewegen können. Die Stiefkinder der heutigen Rechtssetzung, die Fussgänger, dürfen, wie der motorisierte Verkehr, Verfassungsrang beanspruchen.

DAS WANDERN IST DES SCHWEIZERS LUSTDie Bedeutung der Spazier- und Wanderwege für den Tourismus

(sch.) Spazieren und Wandern gehören in unserem Land erwiesenermassen zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen. Bei einer repräsentativen Gästebefragung, welche der Schweizerische Fremdenverkehrsverband in einem bekannten Feriengebiet durchführte, gaben 97 Prozent der Befragten an, dass Wandern zu den hauptsächlichsten Aktivitäten ihrer Sommerferien gehöre. Aber auch im Naherholungs- und Wochenendverkehr spielen Wandern und Spazieren eine dominierende Rolle. In einer im Rahmen der Gesamtverkehrskonzeption erarbeiteten Studie über den Wochenendausflugsverkehr nannten 54 Prozent der Befragten Spazieren und Wandern als Ziel ihrer sommerlichen Wochenendausflüge. Im Winter stehen Spaziergänge und Wanderungen als Motive für Ausflüge am Wochenende mit 34 Prozent an dritter Stelle hinter Besuchen von Verwandten und Bekannten (46 Prozent) und Wintersport (41 Prozent).

Gut ausgebaute Fuss- und Wanderwege bedeuten daher einen wichtigen Faktor im touristischen Angebot. Der Ausbau und Unterhalt von Wander- und Spazierwegen wird denn auch von den meisten Kurorten als eine der vordringlichsten Aufgaben angesehen. Anstrengungen auf diesem Gebiet werden aber immer wieder durchkreuzt. Durch Asphaltierung, Betonierung und Ueberbauung verschwinden jährlich über 1000 km Fussgängerwege, darunter etwa 400 km markierte Wanderwege. Der Grund liegt darin, dass die heutigen Gesetze auf allen Stufen einseitig den Fahrverkehr fördern und die Bedürfnisse der Fussgänger vernachlässigen. Der Verfassungsartikel für Fuss- und Wanderwege, über den am 18. Februar abgestimmt wird, will hier Abhilfe schaffen. Er bietet Bund, Kantonen und Gemeinden die nötige Rechtsgrundlage für den dringenden Schutz und Ausbau der Fuss- und Wanderwege.

AUTOFAHRER SIND AUCH FUSSSGAENGER

(es.) Für Automobilisten sind die Fussgänger im Strassenverkehr nicht unbedingt angenehm. Sobald Fussgänger auftreten, ist erhöhte Vorsicht geboten. Man sollte jedoch gelegentlich daran denken, dass jeder Autofahrer, der die Wagentür hinter sich zugeschlagen hat, sogleich ebenfalls ein Fussgänger ist. Und er erfährt die Probleme, die sich für Fussgänger durch den Strassenverkehr ergeben, selber auch.

Bei der heutigen Motorisierung erhalten intakte Fuss- und Wanderwege einen besonderen Stellenwert. Es gilt deshalb, diese Wege nicht nur zu schützen, sondern auch zu fördern. Mit dem am 18. Februar zur Abstimmung gelangenden Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege ist dies möglich. Eine Annahme der Vorlage gewährleistet die Erhaltung der bestehenden Fuss- und Wanderwege. Dort, wo es sich nicht umgehen lässt, bestehende Fussgängerwege zu unterbrechen oder aufzuheben, soll Ersatz geschaffen werden. Gefördert werden soll daneben auch das Wanderwegnetz, das der Erholung breiter Bevölkerungskreise, einer gesunden Freizeitbeschäftigung und nicht zuletzt dem Tourismus dient. Ebenfalls gefördert werden die Fusswege innerorts, damit sich der Fussgänger im Siedlungsbereich sicher fortbewegen kann. Die vorgesehenen Massnahmen ergeben eine bessere Entflechtung des Fussgänger- und des Fahrverkehrs. Damit kann die Unfallquote mit Fussgängern reduziert und insbesondere den älteren Menschen und den Kindern ein besserer Schutz geboten werden.

Die Vorlage zur Förderung von Fuss- und Wanderwegen ist auch deshalb sehr sympathisch, weil sie zur Verwirklichung nicht Millionen von Franken benötigt. In verschiedenen Fällen könnten sogar Einsparungen erzielt werden, zum Beispiel, weil statt eines Trottoirs entlang einer Hauptstrasse ausserorts ein einfacher Fussgängerweg abseits der Strasse gebaut würde. Auch erwachsen dem Bund durch die Verwirklichung der Vorlage keine Mehrkosten; er soll nur die Rechtsgrundlage für Schutz und Wiederherstellung der Wegnetze schaffen. Er braucht keine Wege zu planen, zu bauen oder zu unterhalten, denn das bleibt Sache der Kantone. Kurz, die Vorlage bringt für Fussgänger und Automobilisten wesentliche Verbesserungen, für den Bund jedoch keine grossen Belastungen.

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE "FUSS- UND WANDERWEGE JA"
COMITE D'ACTION SUISSE "SENTIERS ET CHEMINS PEDESTRES OUI"

Presseausschuss
Postfach 2642

3001 B e r n

031 22 34 38

Bern, 9. Januar 1979 ea

An die Redaktionen der deutsch-
sprachigen Schweizerpresse

Sehr geehrte Damen und Herren

Dass es nicht genügt, Benachteiligungen zu beklagen, sondern dass man zu Taten zu schreiten hat, darauf weist in einem Artikel Ständerat Dr. Alois Dobler im vorliegenden Pressedienst hin. Die Benachteiligten sind die Fussgänger und Wanderer; die Tat ist in diesem Fall ein Ja zum Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege.

Die Tatsache, dass der zur Abstimmung gelangende Verfassungsartikel eine föderalistische Lösung eines schweizerischen Problems ermöglicht, zeigt ein Kurzbeitrag auf, während ein weiterer Artikel sich des benachteiligten Fussgängers annimmt: Jedes Jahr fallen in der Schweiz gegen 400 Fussgänger dem Strassenverkehr zum Opfer.

Wir hoffen, sehr verehrte Damen und Herren, dass Sie unsere Beiträge in Ihren Abstimmungsinformationen einsetzen können. Sie stehen Ihnen selbstverständlich zur freien Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss:

sig. Chr. Beusch

Beilage: Prospekt

Fuss- und Wanderwege müssen geschützt werden

Von Ständerat Dr. Alois Dobler, Lachen/SZ

Jahr für Jahr verschwinden in unserem Land über 1000 km Fussgängerwege, darunter rund 400 km markierte Wanderwege. Sie werden zu Strassen ausgebaut, asphaltiert, betoniert, unterbrochen, oder sie zerfallen, weil niemand für ihren Unterhalt sorgt. Seit Jahren konzentriert man sich darauf, mit grossem Aufwand und riesigen Geldsummen die Verkehrsprobleme zu lösen, die mit der rapid zunehmenden Motorisierung über uns hereingebrochen sind. Der Fussgänger ist hingegen allem Anschein nach in Vergessenheit geraten. Das beweisen die heutigen Gesetze und Verordnungen von Bund, Kantonen und Gemeinden, die einseitig den Fahrverkehr fördern und die Bedürfnisse der Fussgänger ausser acht lassen.

Der Bund hat einen grossen Einfluss auf die bestehenden Fuss- und Wanderwege, denn er leistet namhafte Beiträge an den Ausbau des Strassennetzes in den Kantonen. Nach dem geltenden Recht ist er aber nicht verpflichtet, ja in den meisten Fällen nicht einmal berechtigt, dabei auf Fussgängerwege Rücksicht zu nehmen.

Auf eindrückliche Art sehen wir tagtäglich die Folgen dieser rechtlichen Benachteiligung der Fussgängerwege. Es genügt aber nicht, diese Entwicklung, die uns allen schadet, zu beklagen. Wir müssen zu Taten schreiten, wir müssen uns als Fussgänger und Wanderer wehren und verlangen, dass in Zukunft unsere Interessen besser wahrgenommen werden. Wir müssen den Behörden aber auch die Möglichkeit geben, entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Dazu haben wir Gelegenheit, wenn wir am 18. Februar zum Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege Ja sagen. Er bietet Bund, Kantonen und Gemeinden eine zeitgemässe, klare Rechtsgrundlage für den dringenden Schutz und Ausbau unserer Fuss- und Wanderwege.

DER BENACHTEILIGTE FUSSGAENGER

(R.H.) Jedes Jahr fallen in der Schweiz gegen 400 Fussgänger dem Strassenverkehr zum Opfer; das sind ungefähr ein Viertel aller Unfalltoten auf der Strasse. Die Fussgänger zählen als erste zu den Opfern eines Molochs, welchen wir als eine Art unabänderliches Schicksal hinnehmen und welchem sich die gesamte "zivilisierte" Welt unterworfen hat.

Diese Unterwerfung spürt man auch bei uns auf Schritt und Tritt: Gesetze und Verordnungen begünstigen einseitig den Fahrverkehr. Dieser hat buchstäblich den Vortritt, der Fussgänger hat das Nachsehen, wenn man ihn nicht überhaupt vergisst. In den Städten und auf dem Land ist er dem Lärm, den Abgasen und dem Staub der Fahrzeuge ausgesetzt. Will er eine Strasse überqueren, muss er das unter Inkaufnahme eines Umwegs auf einem Fussgängerstreifen tun. Und selbst das ist nicht gefahrlos, abgesehen davon, dass manche Verkehrsampeln mit ihren kurzen Phasen und Wechseln von Grün auf Rot die Fussgänger zu eigentlichen Sprints zwingen, als ob es keine älteren und gebrechlichen Leute gäbe. Oder man verdammt den Fussgänger der Einfachheit halber gleich lebend in die "Unterwelt" und mutet ihm Umwege und Treppensteigen oder Rolltreppen zu, derweil die Fahrzeuge über seinen Kopf hinweg zu ebener Erde bequem dahinbrausen. Und dort, wo es für ihn Platz hat, wird der rollende Verkehr zum ruhenden - wiederum zum Leidwesen des Fussgängers, der sich mühsam zwischen parkierten Autos und Haus- oder Gartenmauern hindurchschlängeln muss. Wie sehr der Fahrverkehr privilegiert und der Fussgängerverkehr diskriminiert ist, erleben wir gerade jetzt im Winter: Zuerst werden die Strassen vom Schnee befreit und gesalzen, und dann kommen, wenn überhaupt, auch noch die Trottoirs dran...

Automobilisten sind auch Fussgänger

Diese Feststellungen über die heutige Benachteiligung des ältesten und natürlichsten Fortbewegungsmittels des Menschen, der Füsse, haben nichts mit Autofeindlichkeit zu tun, im Gegenteil: Jeder Automobilist wird, sobald er die Autotüre hinter sich geschlossen hat, ebenfalls zum Fussgänger. Und dann wächst in ihm ebenfalls die Erkenntnis, wie "weit" wir es in jeder Be-

ziehung mit dem Auto gebracht haben... Deshalb ist es gut, dass wir uns auch einmal im Rahmen einer Volksabstimmung mit diesem Problem auseinandersetzen müssen. Den Anlass dazu liefert uns der neue Verfassungsartikel über die Fuss- und Wanderwege, zu welchem Volk und Stände am 18. Februar Stellung zu nehmen haben. Der Urnengang bietet Gelegenheit zum Nachdenken, aber auch zu einem gewissen Umdenken. Vom staatspolitischen Standpunkt aus berührt dabei wohltuend, dass in diesem Fall nicht nach neuen Verboten oder unangemessenen Staatsinterventionen gerufen wird. Es geht auch nicht um Subventionen, sondern "nur" um etwas mehr Rücksichtnahme.

Bewährte Aufgabenteilung respektiert

Aus der Entstehungsgeschichte des neuen Verfassungsartikels, welcher sich als Gegenvorschlag des Parlamentes für eine mittlere zurückgezogene Volksinitiative präsentiert, könnte man ableiten, er nütze bloss den Wanderern im engern Sinn des Wortes etwas und nicht den Fussgängern allgemein. Das trifft keineswegs zu. Der Verfassungsartikel visiert jede Form von Wegen an, welche von Fussgängern benutzt werden, also nicht etwa nur die gelb markierten Wanderwege. Dabei geht er weniger weit als die erwähnte Initiative, indem er die in unserem Land übliche und bewährte Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen respektiert. Die Hauptaufgabe, nämlich die Anlage und Erhaltung von Fuss- und Wanderwegnetzen, bleibt Sache der Kantone. Der Bund stellt dazu lediglich die nötigen Grundsätze auf. Ausserdem kann er die Tätigkeit der Kantone auf diesem Gebiet unterstützen und koordinieren. Dazu erhält der Bund den Auftrag, in Erfüllung seiner vielfältigen eigenen Aufgaben (Nationalstrassenbau, Ausbau der Tal- und Alpenstrassen, Strukturverbesserungen in der Land- und Forstwirtschaft, Gewässerkorrekturen, Eisenbahnbau und Sanierung von Niveauübergängen etc.) etwas mehr Rücksicht auf die bestehenden Fuss- und Wanderwege zu nehmen als bisher und für Ersatzwege zu sorgen.

Der dem Stimmbürger unterbreitete Verfassungsartikel beschert somit keine untragbare neue Bundesaufgabe. Auch wenn die Ersatzwege vielleicht da und dort etwas kosten werden, der Aufwand

wird in keinem Verhältnis zu dem stehen, was der Staat dem Moloch Fahrverkehr opfert. In der Regel werden Lösungen möglich sein, die ohne Mehrkosten oder mit wenig Geld Verbesserungen für den Fussgänger bringen. Und in gewissen Fällen werden sich durch eine fussgängerfreundliche Projektierung von Strassen sogar Einsparungen erzielen lassen.

Förderung der Fuss- und WanderwegeFöderalistische Lösung

(es.) Bis noch vor kurzer Zeit bestand in der Schweiz die Tendenz, alles mögliche und unmögliche dem Bund anzulasten. Inzwischen hat man gemerkt, dass dies nicht immer der Weisheit letzter Schluss war. Auch beim Verfassungsartikel zur Förderung der Fuss- und Wanderwege, über den am 18. Februar abgestimmt wird, wurden Befürchtungen laut, man wolle einmal mehr dem Bund eine neue Aufgabe zuschieben. Dies stimmt jedoch nicht, denn im Artikel wird deutlich formuliert, welche Aufgaben dem Bund und welche den Kantonen zufallen.

Die Hauptaufgabe, nämlich die Anlage und die Erhaltung der Fuss- und Wanderwegnetze, ist gemäss dem geplanten Verfassungsartikel Sache der Kantone. Die Kantone haben dafür zu sorgen, dass die regionalen und lokalen Wegnetze festgelegt und in rechtsverbindlichen Plänen festgehalten werden. Ausserdem haben sie die Pflicht, die bestehenden Wege so weit wie möglich zu erhalten und nach Möglichkeit neue Wege anzulegen. Die eigene Initiative der Gemeinden für weitere Massnahmen wird dadurch keinesfalls angetastet. Der Bund wird lediglich verpflichtet, dort, wo er im Rahmen seiner Aufgaben Fuss- und Wanderwege beeinträchtigt, für Ersatz zu sorgen. Dies bedeutet eine sinnvolle Entlastung der Kantone, Gemeinden und privaten Organisationen, denn heute ist in solchen Fällen ein Ersatz nur dann möglich, wenn diese bereit sind, die Kosten dafür allein zu tragen.

In zahlreichen Bereichen der staatlichen Tätigkeit arbeiten Bund und Kantone eng zusammen. Eine Zusammenarbeit von Bund und Kantonen drängt sich daher auch bei den Fuss- und Wanderwegen auf. Der neue Verfassungsartikel bietet eine ausgezeichnete Grundlage dafür. Trotzdem wird der Föderalismus nicht missachtet. Im Gegenteil, der geplante Verfassungsartikel strebt eine föderalistische Lösung der anstehenden Probleme an. Er bietet Gewähr für eine taugliche und dauerhafte Regelung.

COMITÉ D'ACTION SUISSE "SENTIERS ET CHEMINS PÉDESTRES OUI"
SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE "FUSS- UND WANDERWEGE JA"

Service de presse
cp 2642

3001 B e r n e

031 22 34 38

Aux rédactions des
journaux romands

Berne, le 10 janvier 1979 ea

Mesdames et Messieurs,

Nous avons le plaisir de vous remettre en annexe deux nouveaux textes sur le nouvel article constitutionnel relatif aux chemins et aux sentiers pédestres.

- LES MEDITATIONS DU PROMENEUR HELVETIQUE
- QUAND L'AUTOMOBILISTE DEVIENT UN PIETON

Nous espérons qu'il vous sera possible de publier ces textes et vous prions d'agréer, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

Pour le comité de presse:

Chr. Beusch

Annexes mentionnées

LES MEDITATIONS DU PROMENEUR HELVETIQUE

(sch.) Le Suisse, digne émule du promeneur solitaire, dont on a rappelé abondamment le souvenir, l'an dernier, aime la promenade à pied. Ce goût que nous avons de la marche en forêt, en montagne ou dans nos campagnes, a même été appréhendé par la statistique !

Ainsi, dans le cadre des études préalables pour établir le volumineux rapport sur la conception globale des transports, on est allé jusqu'à procéder à un sondage d'opinion publique afin de savoir comment nos contemporains occupaient leurs weeks-end: le 54 % des personnes interrogées dans le cadre de cette étude ont déclaré que leur "hobby" était en été la promenade et l'excursion. En hiver, on a une image un peu différente: la promenade à pied arrive en troisième position (34 %); le 46 % des Suisses profitent de la saison froide pour rendre visite à leurs amis et connaissances, alors que le 41 % pratique un sport d'hiver.

Mais, on s'est aussi livré à d'autres enquêtes auprès des vacanciers qui fréquentent nos stations; c'est la Fédération suisse du tourisme qui a procédé à un sondage dans une région touristique: 97 % des personnes interrogées ont avoué que la promenade était leur occupation préférée pendant les vacances d'été.

Les responsables de nos stations de tourisme l'ont d'ailleurs bien compris et l'un de leurs premiers soucis est d'aménager dans leur région un réseau bien balisé de chemins pédestres, adapté à tous les goûts. Ce réseau fait partie de ce que l'on appelle l'équipement touristique.

Mais trop souvent les efforts qui sont faits pour développer ces réseaux sont contrecarrés. Chaque année, près de 1'000 km de chemins pédestres disparaissent recouverts par le béton ou l'asphalte de nos routes nationales ou cantonales, à moins que ce ne soient par d'autres travaux publics. La raison en est bien simple: toutes les lois que l'on a faites ces dernières décennies étaient

destinées à promouvoir le trafic routier et l'on a oublié le piéton.

Nous allons, le 18 février prochain, voter sur un projet d'article constitutionnel sur les sentiers et les chemins pédestres; c'est un moyen de combler cette lacune en donnant une base légale à la construction par les cantons et les communes de chemins pédestres, la Confédération n'intervenant que pour soutenir et coordonner.

Le résultat de cette consultation populaire est important: pour un oui massif, les Suisses ont la possibilité de montrer aux pouvoirs publics quelle est "la bonne voie" à suivre.

QUAND L'AUTOMOBILISTE DEVIENT UN PIÉTON

(es.) Pour l'automobiliste qui circule le piéton est toujours un obstacle. Dès qu'il aperçoit une personne à pied, le conducteur d'un véhicule doit faire attention, ralentir. Il oublie en général un peu trop facilement que dès qu'il a quitté sa voiture, il devient lui-même un piéton, soumis à tous les dangers que représente pour lui le trafic motorisé.

Dans notre monde moderne où le trafic motorisé a pris une extension considérable, les voies dites piétonnières - sentiers et chemins pédestres - prennent une importance et une valeur toujours plus grandes. Il s'agit donc pour nous, non seulement de les protéger, mais de les développer. On pourra le faire si le 18 février le peuple et les cantons acceptent le nouvel article constitutionnel sur les sentiers et les chemins pédestres. Une des dispositions de cet article prévoit le remplacement des voies réservées aux piétons chaque fois qu'on a dû en supprimer une pour des raisons impératives. Mais ce qui est important, c'est qu'en vouant tous nos soins au maintien et au développement de ce réseau pédestre, on contribue de façon efficace à la santé publique; à une occupation intelligente des loisirs et on sert en définitive aussi le tourisme.

Mais il faudra s'occuper aussi des problèmes que pose le cheminement des piétons dans les agglomérations afin de leur garantir un maximum de sécurité. Les mesures que l'on prendra doivent tendre à mieux séparer les voies réservées aux piétons des chaussées prévues pour le trafic motorisé. Le but à atteindre, est de diminuer le nombre des accidents et de protéger en premier lieu les personnes âgées et les enfants.

Ce nouvel article constitutionnel que l'on nous propose est donc sympathique. Il a un autre avantage appréciable: il ne va pas provoquer de grosses dépenses; au contraire, il pourrait dans bien des cas, permettre de réaliser des économies, par exemple, lorsqu'au lieu d'un trottoir longeant une route, on aménagera à quelque distance un simple chemin pour piétons.

Soulignons encore que tous les travaux d'aménagement restent de la compétence des cantons et des communes. La Confédération se contente de soutenir et de coordonner, mais elle a aussi l'obligation - ce qui est important - de pourvoir au remplacement d'un chemin pédestre qui avait disparu à la suite de la construction d'un ouvrage dépendant de la Confédération.

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE "FUSS- UND WANDERWEGE JA"
COMITÉ D'ACTION SUISSE "SENTIERS ET CHEMINS PÉDESTRES OUI"

Presseausschuss
Postfach 2642

3001 Bern

031 22 34 38

Bern, 16. Januar 1979 ea

An die Redaktionen der deutsch-
sprachigen Schweizerpresse

Sehr geehrte Damen und Herren

"Eine föderalistische Lösung für ein schweizerisches Problem" - dies ist der Titel des ersten Beitrages im vorliegenden Presseedienst, den Nationalrat Josef Risi verfasste. Der Schwyzer Parlamentarier weist darauf hin, dass der vorgeschlagene Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege eine "echt föderalistische Lösung anzielt": "Er bezieht alle Partner, Bund, Kantone, Gemeinden und private Organisationen zur Lösung einer nicht zuletzt auch im Interesse der Volksgesundheit stehenden Frage ein."

Dass aus der gerade auch in der Deutschschweiz sehr beliebten Strada alta allmählich eine A u t o strada alta wird, stellt man mit Verwunderung und Erschrecken fest. An einem konkreten Beispiel zeigt ein zweiter Artikel die Verasphaltierung eines Wanderweges auf.

Ein dritter Beitrag in diesem Pressedienst stellt einige Ueberlegungen zum Verhältnis des Menschen und seinen Füßen an: "Des Menschen Mass ist der Fuss".

Wir hoffen, sehr verehrte Damen und Herren, dass wir wiederum auf Ihre Mitarbeit zählen können. Wir danken Ihnen dafür.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss:

sig. Chr. Beusch

Eine föderalistische Lösung für ein schweizerisches ProblemZur Abstimmung über den Fuss- und Wanderwegartikel der Bundesverfassung

Von Nationalrat Josef Risi, Arth/SZ

In unserem Land gehen jährlich über 1000 km Fuss- und Wanderwege - das heisst pro Tag etwa 3 km - durch Asphaltierung, Betonierung und Ueberbauung verloren. Zu dieser fussgängerfeindlichen Entwicklung tragen Bund, Kantone und Gemeinden gleichermassen bei. Und deshalb müssen sie auch gemeinsam eine Lösung herbeiführen. Der Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege, der am 18. Februar zur Abstimmung gelangt, bietet dazu Hand.

Dieser Verfassungsartikel überträgt die Hauptaufgabe, nämlich Anlage und Erhaltung der Fuss- und Wanderwegnetze den Kantonen. Ihre Aufgabe wird es sein, in Zusammenarbeit mit Gemeinden und privaten Organisationen regionale und lokale Wegnetze festzulegen, die bestehenden Wege so weit als möglich zu erhalten und allenfalls neue Wege anzulegen.

Der Bund selber erhält den Auftrag in Erfüllung seiner Aufgaben auf Fuss- und Wanderwegnetze Rücksicht zu nehmen und in jenen Fällen, wo mit Hilfe von Bundesmitteln Fussgängerwege verstrast oder anderswie beeinträchtigt werden, Ersatz zu schaffen. Eine solche Bestimmung ist nur recht und billig, denn heute ist die Wiederherstellung von Fussgängerwegen, die bei vom Bund subventionierten Erschliessungsarbeiten verloren gehen, einzig und allein auf Kosten der Kantone und Gemeinden möglich.

Der vorgesehene Verfassungsartikel strebt eine föderalistische Lösung der anstehenden Probleme an. Deshalb hat ihm in der letzten Herbstsession der eidgenössischen Räte nicht nur der Nationalrat, sondern auch der Ständerat mit grossem Mehr zugestimmt. Die Vorlage verdient auch ein eindeutiges JA des Stimmbürgers, denn wir alle sind auf fussgängerfreundliche Wege angewiesen, auf denen wir uns sicher und frei von Lärm und Abgasen bewegen können.

Gerade die kleineren Kantone können aus diesem Verfassungsartikel grossen Nutzen ziehen, denken wir nur an die wesentliche Bedeutung gut ausgebauter Fuss- und Wanderwege für den Fremdenverkehr. Der Ausbau und Unterhalt von Wander- und Spazierwegen wird von den meisten Kantonen als eine der vordringlichsten Aufgaben angesehen. Sie sind daher sehr daran interessiert, dass künftig auf diese Wege mehr Rücksicht genommen werden soll, und dass der Bund dort, wo er die Verstrassung bestehender Wege subventioniert, auch an die Ersatzwege beitragen muss.

Der Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege zielt eine echt föderalistische Lösung an. Er bezieht alle Partner, Bund, Kantone, Gemeinden und private Organisationen zur Lösung einer nicht zuletzt auch im Interesse der Volksgesundheit stehenden Frage ein. Der Verfassungsartikel verdient daher unsere Zustimmung.

Wie ein Wanderweg verasphaltiert wurde

(A.K.) Wer kennt sie nicht, die Strada alta? Für grössere Schulreisen aus der Deutschschweiz oder für eine Familienwanderung in den Tessiner Ferien bietet sich der Höhenweg zwischen Airolo und Biasca geradezu an. Seit einigen Jahren sind jedoch in mehreren Abschnitten der einstigen Naturstrasse Asphaltierungsarbeiten im Gange oder bereits abgeschlossen. Der Hartbelag auf der Strecke Brugniasco-Altanca soll die Erschliessung der beiden Bergdörfer fördern und die Strasse zwischen Anzonico und Calonico wird geteert, um eine bessere Zufahrt zu den dortigen Ferienhäusern zu gewährleisten.

Ob diese Asphaltierungen nun gerechtfertigt sind oder nicht: Wer vertritt bei solchen Strassenarbeiten jeweils die Interessen des Fussgängers oder Wanderers? Der Kanton Tessin kennt keine entsprechende Organisation. So werden die Wanderer künftig auf Hartbelag durch die Leventina geführt, obwohl mit wenig Aufwand bestehende, parallele Wege instand gesetzt werden können.

Hier wie anderswo wären es jeweils kleine Korrekturen oder Ergänzungen, die für die Fussgänger und Wanderer erhebliche Verbesserungen brächten. Woran liegt es, dass solche Massnahmen selten ergriffen werden?

Für eine rechtliche Besserstellung von Fuss- und Wanderwegen

Die heutigen Gesetze und Verordnungen von Bund, Kantonen und Gemeinden fördern einseitig den Fahrverkehr. Rechtliche Grundlagen zum Schutz und zur Förderung der Fuss- und Wanderwege fehlen. Auch der Bund ist bei seinen Bauvorhaben zur Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des Fussgängers weder verpflichtet, noch berechtigt. So werden etwa beim Autobahnbau oft Fusswege unterbrochen und somit als Fussverbindungen zwischen Dörfern aufgehoben.

Eine bessere Berücksichtigung der Interessen der Fussgänger und Wanderer beim Strassenbau drängt sich auf. Das ist auch das Ziel des Verfassungsartikels über Fuss- und Wanderwege, über den am 18. Februar abgestimmt wird.

Des Menschen Mass ist der Fuss

(ing.) Bis zur allgemeinen Einführung des metrischen Systems war der Fuss das wichtigste europäische Längenmass. Insbesondere wurde die Körpergrösse des Menschen durchwegs in Fuss gemessen und angegeben, aber auch kleinere bis mittlere Entfernungen wurden in Fuss gemessen und vermerkt. Noch heute sind diese Angaben im angelsächsischen Bereich durchaus üblich, vor allem für Höhenangaben und deshalb vermerken selbst schweizerische Touristenangaben in englischer Sprache die Höhen unserer Berge in Fuss, der ja auch das Grundelement für Yard und Inch bildet. Wie von alters her, so bildet auch in unserer Zeit der Fuss das Mass des Menschen und für die Entfernungen seiner Umgebung.

Das kommt nicht von ungefähr, denn der Mensch lernt auf seinen Füßen stehen und mit seinen Füßen gehen lange bevor er sprechen lernt. Das erste Stehen und das erste Gehen eines Kindes, zuerst an der Hand der Mutter, dann tastend allein, stellen entscheidende Abschnitte in der Lebensentwicklung des Menschen dar, denn dadurch wird er befähigt, "auf eigenen Füßen zu stehen" - wie dies auch für das spätere Leben geradezu sprichwörtlich geworden ist und zwar im eigentlichen wie im übertragenen Sinne, der ihn schliesslich sein ganzes Leben hindurch begleitet. Und zu den ersten Wegen, die der Mensch selbständig unter die Füsse nimmt, gehört der Schulweg, der ihn zu den Bildungsstätten führt, vom ABC und dem Einmaleins bis zur Hochschule, von den ersten Schreib- und Rechenübungen bis zur Berufsausbildung und zur Meisterprüfung.

Diese uralte Erfahrung der Menschheit, die Erkenntnis von der Erlebenstiefe des Zu-Fuss-Gehens ist im Laufe einer Entwicklung, in der die Menschen das Gehen scheinbar mehr und mehr verlernen, die Fuss- und Wanderwege mehr und mehr verschwinden oder zu Asphalt- und Betonstrassen umfunktioniert worden sind, wieder umsomehr durchgebrochen, als die gesundheitlichen und psychischen Folgen immer deutlicher sichtbar wurden. Wie nach der ersten Motorisierungswelle im Gefolge des ersten Weltkriegs

ges, so ist auch infolge der zweiten und weit massiveren Motorisierungswelle der Hochkonjunktur das Bedürfnis und die Freude am Wandern wieder in weitesten Volkskreisen aufgebrochen - aber auch rasch wieder gedämpft worden durch den Umstand, dass inzwischen unzählige Fuss- und Wanderwege verschwunden oder vergandet, aufgehoben oder in Fahrstrassen verwandelt worden sind.

Hier liegen die tieferen und eigentlichen Gründe für das "Volksbegehren zur Förderung der Fuss- und Wanderwege", das in erstaunlich kurzer Zeit mit über 123 000 Unterschriften zustandekam, obwohl zum Zeitpunkt der Einreichung im Jahre 1974 nur 50 000 gültige Unterschriften erforderlich gewesen wären. Die Initiative fand ein spontanes Echo in breiten Volksschichten - und dies gab den Eidgenössischen Räten Anlass, dem Ablehnungsantrag des Bundesrates nicht einfach zu folgen, sondern einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, über den Volk und Stände am kommenden 18. Februar an der Urne zu entscheiden haben. Damit hat auch das Parlament die Bedeutung des Begehrens nach Förderung der Fuss- und Wanderwege nicht nur anerkannt, sondern noch unterstrichen und zwar in einer Form, die einerseits unserem föderalistischen Staatsaufbau Rechnung trägt und andererseits die Belastung des Bundes mit neuen Ausgaben klug vermeidet. Denn dem Bund wird nur die Aufgabe übertragen, Grundsätze für Fuss- und Wanderwegnetze aufzustellen sowie die Tätigkeit der Kantone - deren Sache es bleibt, für Anlage und Erhaltung von Fuss- und Wanderwegen zu sorgen - zu unterstützen und zu koordinieren. Lediglich dort, wo der Bund Fuss- und Wanderwege aufheben muss, z.B. im Zusammenhang mit dem Nationalstrassenbau, wird ihm aufgetragen, sie zu ersetzen und im übrigen bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht zu nehmen auf Fuss- und Wanderwegnetze.

Es geht dabei nicht nur um die Förderung der Gesundheit, die der Fussgänger und Wanderer sehr wohl zu nutzen weiss, sondern ebenso sehr um die Förderung der Sicherheit. Man braucht dabei nicht nur an jene Wanderer zu denken, die wegen der Umfunktio- nierung von Fuss- und Wanderwegen in Fahrstrassen, in asphaltierte und betonierte Fahrbahnen, gezwungen werden, in zuneh-

mendem Masse solche vom Motorfahrzeugverkehr mit Beschlag belegte Verkehrswege zu benützen und sich damit unnötigen Gefahren auszusetzen, sondern vor allem auch an die Schulkinder, die in ständig vermindertem Masse ihren Schulweg unbekümmert unter die Füße nehmen können. Die ständig steigende Zahl der im Strassenverkehr verletzten und gar getöteten Fussgänger und vor allem der Kinder mahnt längst zum Aufsehen. Eines der wirksamsten Mittel, um diese unheilvolle, ja tragische Entwicklung endlich zu brechen, besteht sicher darin, den Fussgängern und speziell den Kindern wieder jene Fuss- und Wanderwege zur Verfügung zu stellen, auf denen sie sich unbeschwert und natürlich bewegen können. Der neue Verfassungsartikel zur Förderung der Fuss- und Wanderwege zeigt den richtigen Weg zur Erreichung dieses Zieles und verdient deshalb unsere volle Unterstützung.